

# FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur

Herausgeber: Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen    Dezember 2006/4

## Waldemar von Knoeringen (1906 – 1971)

Ein ebenso nachdenklicher wie streitbarer Demokrat

Von Hans-Jochen Vogel

Das Ringen um den Bestand der Demokratie vor 1933 zieht sich ebenso wie ihr Neubau nach 1945 und ihre weitere Ausgestaltung als roter Faden durch das Leben dieses ungewöhnlichen Politikers. Das Jahr 1989 hat Waldemar von Knoeringen nicht mehr erleben können, aber er hat diesen demokratischen Entwicklungsprozess in Europa sehr früh vorausgesehen: „*Ich bin überzeugt, dass der Kommunismus scheitern muss. Er wird scheitern an seinem inneren Widerspruch.* ... *An der Wirklichkeit dieser Welt wird diese Utopie zerbrechen*“, so führte er bereits im April 1961 in seiner damaligen Funktion als stellvertretender Vorsitzender der SPD in einem grundlegenden Vortrag zur Krise des Kommunismus aus. Im Unterschied zu einem eher ängstlich-konservativen „Zeitgeist“ in der frühen Bundesrepublik sah Walde-



Waldemar von Knoeringen

mar von Knoeringen die westliche Demokratie in der Offensive, einer Aufbruchstimmung, deren Symbol und Antriebskraft der neue Präsident der westlichen Führungsmacht, John F. Kennedy, war. Im gleichen Vortrag\* hieß es auch: „*Der Siegeszug der Technik, dieses Produkt des zweifelnden, ringenden und wagenden europäischen Geistes, weckt alle Völker und bricht ein*

mar von Knoeringen die westliche Demokratie in der Offensive, einer Aufbruchstimmung, deren Symbol und Antriebskraft der neue Präsident der westlichen Führungsmacht, John F. Kennedy, war. Im gleichen Vortrag\* hieß es auch: „*Der Siegeszug der Technik, dieses Produkt des zweifelnden, ringenden und wagenden europäischen Geistes, weckt alle Völker und bricht ein*

Armin Pfahl-Traugher

**Wer wählt warum  
rechtsextremis-  
tisch?**

Seite 3

Peter Steinbach

**Karl Wilhelm Fricke  
Streiter für Freiheit  
und Klarheit**

Seite 5

Hans-Jürgen Grasemann

**Politische Justiz  
als Herrschafts-  
instrument von  
SED und MfS**

Seite 7

## Inhaltsverzeichnis

Hans-Jochen Vogel  
**Waldemar von Knoeringen  
(1906 – 1971)** Seite 1

Armin Pfahl-Traughber  
**Wer wählt warum rechts-  
extremistisch?** Seite 3

Peter Steinbach  
**Karl Wilhelm Fricke –  
Streiter für Freiheit und  
Klarheit** Seite 5

Hans-Jürgen Grasemann  
**Politische Justiz als  
Herrschaftsinstrument  
von SED und MfS** Seite 7

Siegmar Faust  
**Volkmar Zühlsdorff  
(1912 – 2006)** Seite 9

### Aus den Verbänden

**Zentralverband Demokratischer  
Widerstandskämpfer- und Verfolg-  
tensorganisationen (ZDWV)**  
Annemarie Renger empfing  
bulgarischen Politiker Seite 10

**Bund der Verfolgten des  
Naziregimes (BVN)  
Schleswig-Holstein e.V.**  
„Steine gegen das  
Vergessen“ Seite 11  
Erste „Stolpersteine“ jetzt  
auch in Kiel Seite 11

**Verband Demokratischer Wider-  
standskämpfer und Verfolgter des  
Naziregimes (VDWV) Rheinland-  
Pfalz e.V.**  
Widerstand und Verfolgung in  
beiden Diktaturen in Deutschland:  
Dr. Reinhold Lofy Seite 12

**Bund Widerstand und  
Verfolgung (BWV-Bayern)**  
Die „schweigende“ Mehrheit  
schweigt immer weniger Seite 13

**Bund der Verfolgten des  
Naziregimes Berlin e.V.**  
Zum Tod von Gisela Mießner,  
Verfolgte in zwei Diktaturen Seite 14  
Idomeneo – eine notwendige  
Debatte über die Freiheit der  
Kunst Seite 15

**Neuerscheinungen** Seite 16

**Impressum** Seite 20

*in alle Kulturen. Mit viel größerer Berechtigung als vom Untergang des Abendlandes könnte man heute vom weltweiten Triumph der europäischen Zivilisation sprechen.“*

Und es war das Gegenteil eines schmalspurigen Hau-Ruck-Optimismus, das Waldemar von Knoeringen beflügelte. Er wusste nur zu gut um die immerwährende Zerbrechlichkeit der Demokratie, um die Verführbarkeit der Menschen, die die prinzipielle Fähigkeit zur Vernunft mindestens zeitweilig in den Hintergrund drängen kann. Er wusste um die Problematik verfestigter Ideologien. Angesichts des atemberaubenden technischen Fortschritts plagten ihn bei aller Bewunderung doch erhebliche Zweifel, ob die kulturelle Entwicklung der Menschheit da mithalten könne. Zwischen den Möglichkeiten – einerseits Frieden ohne Hungern auf dem gesamten Globus und andererseits Selbstvernichtung der Menschheit – erschien ihm nichts mehr ausgeschlossen. Der handelnde Mensch, die politisch handelnde Gesellschaft war gefragt. Im Für und Wider mussten die Wege in die Zukunft gefunden werden. Zum Leitbild der Demokratie und zu den für sie maßgebenden Werten gab es damals wie heute keine rationale Alternative.

Neben den Gefährdungen der Demokratie durch ihre erklärten Feinde machte Waldemar von Knoeringen mit Nachdruck auch auf immanente Gefahren aufmerksam. Zum einen war das eine durch den immer schnelleren technischen Fortschritt bedingte Tendenz zum technokratischen Denken, zum anderen die Gefahr von Selbstzufriedenheit in Folge des gelungenen Starts des zweiten Versuchs der Demokratie in Deutschland kombiniert mit dem „Wirtschaftswunder“, was zudem die Gefahr des Verdrängens und Vergessens der Etablierung einer weiteren Diktatur im anderen Teil Deutschlands in sich barg.

Dem Glauben, mit der Entwicklung einer äußerlich stabilen Demokratie sei das Ziel erreicht, setzte Waldemar von Knoeringen die Aufforde-

rung zu einer „Mobilisierung“ der Demokratie entgegen. Er versammelte zehn politisch, publizistisch oder wissenschaftlich engagierte junge Sozialdemokraten aus dem Großraum München um sich, unter ihnen der damalige Universitätsassistent Peter Glotz, und diskutierte mit ihnen über Monate hinweg alle wesentlichen Aspekte der deutschen Demokratie in Europa. Ergebnis war ein 200 Seiten umfassender grundsätzlicher Beitrag zur Demokratiereform, der im Frühjahr 1966 erschien. Der Titel lautete: „Mobilisierung der Demokratie“. Angestimmt wurde der Text mit den Sätzen:

*„Verglichen mit der Weimarer Republik erscheint uns die Bundesrepublik als ein Musterland demokratischer Stabilität. ... Nicht erst das Bundesverfassungsgericht, sondern schon der Wähler hat die anti-demokratischen Kräfte aus den Parlamenten verbannt. Bei den Bundestagswahlen 1965 gaben über 96% ihre Stimme einer der drei im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien, während NPD und DFU zusammen nur 3,3% erringen konnten. Jedoch: dieses friedliche Bild ist oberflächlich.“*

Wie treffend diese Warnung war, zeigte sich bereits ein halbes Jahr später: Die NPD zog in die Landtage von Bayern und Hessen ein. Nach einer weiteren Serie von Landtagswahlen saß sie in der Mehrzahl der damals elf Länderparlamente. Zeitgleich mit der damaligen Aufstiegsphase der NPD begannen die Studentenunruhen. Das friedliche Oberflächenbild der Bundesrepublik war gestört, was aber nicht auf die Bundestagswahl 1969 durchschlug. Das nicht unbedingt erwartete Scheitern der NPD an der 5%-Hürde (ihr Stimmenanteil betrug 4,3%) war zugleich der Beginn ihres Abstiegs für lange Zeit. Waldemar von Knoeringen registrierte diese Tatsache nicht nur, er atmete richtiggehend auf, wenngleich er unermüdlich weiter mahnte, die Demokratie niemals als ein endgültig erreichtes Ziel, sondern als dauernde Aufgabe zu begreifen.

Das war das erlebte und erlittene Thema seines Lebens. Am 6. Okto-

ber 1906 als Spross eines alten bayerischen, ursprünglich schwäbischen, Adelsgeschlechts geboren, war ihm sein politischer Lebensweg nicht in die Wiege gelegt. Im Alter von 20 Jahren trat er der Sozialdemokratischen Partei bei und wirkte fortan als jugendlicher Kämpfer gegen den heraufziehenden Nationalsozialismus, dem er in zahllosen Versammlungen in ganz Bayern entgegentrat. 1933 flüchtete er erst nach Österreich, dann in die Tschechoslowakei. Dort wirkte er als Grenzsekretär, eine Verbindungsstelle zwischen dem Widerstand im Inland und dem Exilvorstand der SPD. Zugleich war er aktiv in der Widerstandsgruppe Neubeginnen. 1938 flüchtete er im letzten Moment über Paris nach London. Dort war er zusammen mit dem Journalisten Karl Anders und dem späteren Berliner Politikprofessor Richard Löwenthal Redakteur und Sprecher des Senders „Europäische Revolutionen“, der in den dunkelsten Jahren, in denen Hitlers Erfolge unaufhaltsam erschienen, der Wahrheit eine Stimme lieh und seine Hörer in Deutschland zum

Widerstand ermutigte. Später bemühte er sich, die deutschen Kriegsgefangenen für die Demokratie zu gewinnen, eine Aktivität, aus der Wilton Park hervorging, eine britische Institution, die viel für die deutsch-britischen Beziehungen und für die Festigung der Demokratie in Deutschland getan hat. Die unmittelbare Begegnung mit der britischen Demokratie und der Labour Party hat bei Waldemar von Knoeringen einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen, wovon die Entwicklung der deutschen Demokratie profitieren konnte. 1946 kehrte er nach München zurück. Es folgte sein vielfältiges Wirken als Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD im Bayerischen Landtag und von 1958 bis 1962 auch als stellvertretender Vorsitzender der Bundespartei. Waldemar von Knoeringen starb am 2. Juli 1971 in der Klinik Höhenried am Starnberger See, wenige Kilometer entfernt von der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, eine Institution des öffentlichen Rechts, die auf seine Initiative zurückgeht

und im nächsten Jahr auf ihr 50-jähriges Bestehen zurückblicken kann.

Der hundertste Geburtstag Waldemar von Knoeringens hat Gelegenheit gegeben, seinen Beitrag zur demokratischen Kultur in Bayern und der Bundesrepublik insgesamt der Gefahr des Vergessens zu entreißen. Neben der zentralen Feier in seiner wichtigsten Wirkungsstätte, dem Bayerischen Landtag, gab es zahlreiche Veranstaltungen und Medienberichte. Pünktlich haben die Historikerin Helga Grebing und der Historiker Dietmar Süß das zweibändige Werk „Waldemar von Knoeringen 1906–1971. Ein Erneuerer der deutschen Sozialdemokratie“ präsentiert. Unsere demokratische Gesellschaft ist gut beraten, wenn sie sich auch künftig seiner erinnert.

---

\* Waldemar von Knoeringen: Utopie und Wirklichkeit. Die Krise des Kommunismus, Vortrag auf der Bundesdelegiertenversammlung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes im April 1961 in Bonn, abgedruckt in: Die Neue Gesellschaft 5/6 1961.

## Wer wählt warum rechtsextremistisch?

### Die soziale Zusammensetzung der Wähler der NPD und die Ursachen für den Erfolg der Partei bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006

*Von Armin Pfahl-Traugber*

Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 17. September 2006 erhielt die NPD 59.674 Stimmen, was einem Anteil von 7,3 Prozent der Zweitstimmen entspricht. Wahltagsbefragungen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen, die für die Wahlberichterstattung von ARD und ZDF arbeiten, geben Auskunft über die soziale Zusammensetzung der Wähler:

- Besonders starke Zustimmung erhielt die NPD von Jüngeren, beträgt doch der Anteil 16,8 Prozent in der Altersgruppe unter 30. Je älter die Wähler waren, desto geringere Zustimmung erhielt die Partei, in der Altersgruppe über 60 liegen die Werte lediglich bei 1,6 Prozent.
- Auch bei den Männern schnitt die NPD überdurchschnittlich gut in jeder Altersgruppe ab. Bei den Wählern unter 30 lagen die Werte für die Männer bei 20,7 und für Frauen bei 11,6 Prozent. Dem gemäß handelt es sich hier mit Blick auf die Wählerbasis primär um eine „Männerpartei“.
- Hinsichtlich der formalen Bildung fallen ebenfalls Besonderheiten auf: Personen mit Volksschule stimmten zu 8,1 und mit Realschule zu 10,4 Prozent der Stimmen für die NPD, während Abiturienten und Hochschulabsolventen lediglich mit 4,7 und 2,3 Prozent der Stimmen für die Partei votierten.
- Daher können auch die Besonderheiten bei der Berufstätigkeit der Wähler der Partei nicht verwundern: Sie wurde insbesondere von Arbeitern mit 12,1 und

## Wer wählt warum rechtsextremistisch?

Arbeitslosen mit 18,2 Prozent der Stimmen gewählt, während Angestellte und Beamte nur zu 3,9 und Rentner nur zu 2,1 Prozent der Stimmen für die NPD votierten. Lediglich die Selbständigen entsprachen mit 7,2 Prozent dem Durchschnitt.

- Beachtung verdient auch, wie sich die NPD-Wähler bei der vorherigen Landtagswahl entschieden hatten: Jeweils 12.000 Stimmen erhielt die Partei von ehemaligen CDU-Wählern und Nichtwählern, 7.000 Stimmen von ehemaligen SPD-Wählern, 4.000 von ehemaligen PDS-Wählern und 2.000 von ehemaligen FDP-Wählern.

Diese Angaben veranschaulichen, dass die NPD keineswegs von der niedrigen Wahlbeteiligung profitierte und darin keine bedeutende Ursache für das Wahlvotum zu sehen ist. Vielmehr gelang es der Partei auch zu einem gewichtigen Teil, frühere Nichtwähler für dieses Votum zu mobilisieren.

Insgesamt betrachtet stellen die referierten Ergebnisse zur sozialen Zusammensetzung der NPD-Wähler keine Überraschung dar. Auch bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen 2004, wo DVU und NPD in die Parlamente einziehen konnten, setzte sich die Wählerschaft der rechtsextremistischen Parteien ebenso zusammen. Es handelte sich insbesondere um junge Männer, die über eine formal geringe Bildung verfügten und Arbeiter oder Arbeitslose waren.

Wie kann man nun den Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern erklären? Eine Antwort auf diese Frage muss differenziert ausfallen und verschiedene Ursachen benennen. Dabei bietet sich eine Unterteilung nach externen und internen Faktoren für das Aufkommen von Rechtsextremismus an. Zu ersteren gehören die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen, zu den internen Gesichtspunkten das Wirken der NPD selbst.

Zunächst zu den externen Gesichtspunkten: In den östlichen Bundesländern entwickelte sich bislang keine so enge Parteibin-

dung der Wähler wie dies trotz einer auch im Westen auszumachenden Erosion ebendort noch der Fall ist. Dadurch ergab sich nicht nur eine weitaus häufigere Wählerwanderung. Auch kleinere Parteien konnten ab und an überraschende



*Der Autor: Armin Pfahl-Traugber, geb. 1963, Dr. phil., Dipl.-Pol., Dipl.-Soz., Professor an der Fachhochschule des Bundes, Brühl bzw. Heimerzheim, Fachbereich öffentliche Sicherheit, Arbeitsfelder: Antisemitismus, Extremismus, Politische Theorie, Totalitarismus, Zeitgeschichte.*

Erfolge verbuchen. Hierzu gehörten insbesondere solche aus dem Rechtsextremismus, die im Durchschnitt weitaus mehr Stimmen in den östlichen denn in den westlichen Bundesländern erhalten. Dies hängt auch mit einer geringeren politischen Sensibilität gegenüber Kräften aus dem rechtsextremistischen Lager zusammen. Mittlerweile konnten sie sich gar in manchen Regionen alltagskulturell verankern. Darüber hinaus besteht in den östlichen Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern eine weitaus stärkere soziale und wirtschaftliche Problemsituation, was etwa an der relativ hohen Arbeitslosenrate veranschaulicht. Dies spiegelt sich auch in der geschilderten sozialen Zusammensetzung der NPD-Wähler wider. Insgesamt profitierte die Partei von der schlechten ökonomischen Situation und dem damit verbundenen Unmut gegen die etablierte Politik.

Blickt man nun auf die internen Gesichtspunkte, so fällt zunächst auf, dass die NPD in Mecklenburg-

Vorpommern lediglich 250 Mitglieder hat. Der dortige Landesverband wurde aber zum einen finanziell wie personell massiv vom sächsischen Landesverband unterstützt, zum anderen stieg seine Kampagnenfähigkeit durch die Hilfe von Vertretern neonazistischer „Kameradschaften“ stark an. In ihrem mit großem Aufwand geführten Wahlkampf benannte die Partei zwar keine inhaltlichen Alternativen für die Landespolitik, konnte aber geschickt an Ängste und Unmut vieler Wähler anknüpfen. Hierbei griff man Themen wie die hohe Arbeitslosigkeit oder die angekündigte Mehrwertsteuererhöhung, aber auch regionale Schulschließungen auf. Die etablierten Parteien führten demgegenüber einen relativ inhaltsleeren Wahlkampf.

Die thematische Schwerpunktsetzung und die soziale Wählerzusammensetzung sprechen scheinbar dafür, dass die NPD überwiegend aus Protest und nicht aus Überzeugung gewählt wurde. Diese Auffassung vertraten auch 78 Prozent der Bürger in einer Meinungsumfrage gegenüber 16 Prozent, die hier einen politischen Konsens unterstellten. Diese Auffassung vertritt allerdings eine sehr eindimensionale Sicht des Verhältnisses von Ideologie und Protest bei der Wahlentscheidung: Ein überzeugter Demokrat dürfte auch im Falle von großem Unmut über Politik und Wirtschaft wohl kaum für eine so eindeutig rechtsextremistische Partei wie die NPD votieren. Die geringe Hemmschwelle erklärt sich auch durch entsprechende politische Sympathien. Eine einseitige Fixierung auf den Erklärungsfaktor „Protest“ ignoriert denn auch die Existenz eines rechtsextremistischen Einstellungspotentials in der Bevölkerung. Es besteht allerdings mehr im Sinne von diffusen Orientierungen und weniger als geschlossene Weltanschauung. Gleichwohl wird es in unterschiedlichen empirischen Untersuchungen auf zwischen 6 und 17 Prozent der Bevölkerung beziffert. Bei dem Votum für eine rechtsextremistische Partei kommt beides zusammen: Ideologie und Protest.

# Karl Wilhelm Fricke – Streiter für Freiheit und Klarheit

Die Auseinandersetzung mit den Diktaturen des 20. Jahrhunderts wurde nicht zuletzt durch den unbeirrbaren Mut und die Konsequenz von Menschen ermöglicht, die sich politischen Opportunitäten nicht beugten und Unrecht als Unrecht, politische Verbrechen als Verbrechen bezeichneten. Sie wollten ihren Zeitgenossen die Augen öffnen und so ein antidiktatorisches Bekenntnis in eine antitotalitäre Stellungnahme münden lassen. Leicht wurde es ihnen nicht gemacht von Zeitgenossen, die den Tendenzen eines relativierenden „Zeitgeistes“ erlagen. Diese Kritiker können im Rückblick als „Legionäre des Augenblicks“ und der Opportunität bezeichnet werden – nicht Sand im Getriebe ihrer Zeit, sondern Knetmasse in der Konfrontation von Demokratie und Antidemokratie, eine Haltung, die mit der Unterscheidungskraft auch den Willen zu jener Streitbarkeit verloren hatte, die eine abwehrbereite Demokratie braucht. Karl Wilhelm Fricke ließ sich von diesen Kritikern auch vor dem Fall der Mauer nicht beirren. Seit vielen Jahrzehnten klärt er beharrlich über den SED-Unrechtsstaat auf. Ein Porträt.

## *Von Peter Steinbach*

Karl Wilhelm Fricke, der heute in Köln lebt, ist der Öffentlichkeit als Verfasser einschlägiger Studien zur Geschichte der DDR, als Leitender Redakteur und als Abteilungsleiter des Deutschlandfunks bekannt geworden. Er hatte nach seiner Flucht aus der SBZ das Studium der damals noch jungen Politikwissenschaft an der hoch ange-

sehenen Berliner Hochschule für Politik aufgenommen und bei prägenden Gelehrten der jungen Demokratiewissenschaft Politologie studiert. Berlin, das war in jener Zeit ein Vorwerk der westlichen Demokratie und der Kritik des totalen Staates. Bracher, Grottmann, Lange, von Eynern, später Löwenthal und Fraenkel, Schwan und von der Gablentz zeugten davon.

Besonders interessierte sich Fricke für alle Fragen der Menschenrechtsverletzungen. Als Student begann er, journalistisch zu arbeiten und wollte so politisch Verfolgten aus der DDR beistehen. Fricke analysierte bereits als angehender Journalist immer wieder den Terror, der in der SBZ und dann in der DDR durch die Justizorgane ausgeübt wurde. Deshalb wurde er 1955 auf kriminelle Weise in den Ostteil der Stadt verschleppt und schließlich zu vierjähriger Haft verurteilt, die er in Bautzen verbüßen musste.

1959 wieder in den Westen entlassen, blieb Fricke trotz schmerzhaft empfundener Gleichgültigkeit der westdeutschen Öffentlichkeit gegenüber seinem Schicksal der Aufgabe treu, die DDR zu analysieren. Seine publizistischen Analysen waren in der Regel zutreffender als viele wissenschaftliche Expertisen. Fricke wurde niemals zum Mitspieler oder auch nur ansatzweise zum Instrument einer Westpolitik der SED, sondern blieb auch im Bewusstsein seiner Gegner der unbeirrbar Diagnostiker, dessen Unbeeinflussbarkeit ihn so gefährlich zu machen schien.

Seit seiner Entlassung aus der Haft hat sich Fricke ohne Zweifel den Ruf eines ausgezeichneten Kenners der Strukturen, Entwicklungen und Probleme des SED-Staates erworben. In der unmittelbaren Umbruchphase des Jahres 1989 schilderte er so nicht nur Ereig-



*Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke  
Archivbild der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin*

nisse, sondern konnte diese immer wieder in ihren langfristigen Voraussetzungen und Konsequenzen analysieren. Als einer der ersten hat er ganz systematisch die sich seitdem öffnenden Quellenbestände der DDR genutzt und so gute Voraussetzungen für die vergleichende Diktaturforschung geschaffen.

Fricke wandte sich im Unterschied zu vielen anderen seit 1989 keineswegs einem neuen Thema zu, sondern setzte seine so beharrlich betriebene Arbeit fort. Er vergaß dabei niemals, dass vor den Schranken der politischen Justiz der DDR immer einzelne Menschen standen. So konfrontiert er uns immer wieder mit der Selbstbehauptung des Individuums in der Diktatur, aber auch mit der Verpflichtung nachdiktatorischer Systeme zur Wiedergutmachung des Erlittenen – vielleicht der entscheidenden Frage einer Geschichte unseres Landes und Europas im Zeitalter der Diktaturen und ihrer Überwindung.

Das umfangreiche Werk Frickes konzentriert sich auf die Auseinandersetzung mit dem Herrschaftssystem der DDR und mit kommunistischen Systemen in Mittel- und Osteuropa. Sein erkenntnisleitendes Interesse blieb die Frage nach der Funktionsweise und der Struktur eines diktatorisch gelenkten bürokratischen Herrschaftssystems, das nicht durch freie Wahlen legitimiert wird und den schützenden Zaun des Rechtes systematisch verletzt. Fricke dokumentiert sehr genau und analysiert zugleich mit hohem empirisch-zeithistorischem Anspruch. Dabei schildert er insbesondere die politische Unterdrückung, die sich in diesem System gegen den Einzelnen richtet. Er entließ keinen aus seiner Verantwortung für öffentliche Dinge. Sein Bezugspunkt bleibt stets der freiheitliche Verfassungsstaat.

Nach 1989 wurde viel und heftig über Funktion und Bedeutung der ehemaligen DDR-Forschung diskutiert. Kritische Fragen werden immer wieder gestellt und wachsen sich nicht selten zum Ansatz-

punkt eines wissenschaftspolitischen Konfliktes aus, der die gesamte DDR-Forschung der Bundesrepublik Deutschland berührt hat. Mag man heute auch über manche Fehlurteile ehemaliger DDR-Forscher staunen, so wird ein Forscher niemals moralisch angezweifelt: Karl Wilhelm Fricke. Seine Rolle ist niemals umstritten gewesen, im Gegenteil: Er gilt weiterhin als jemand, der nie vergaß, dass die DDR nicht nur der andere deutsche Staat, sondern ein diktatorisch regierter Teil von Deutschland war. Fricke litt darunter, dass in der DDR Menschen verfolgt, unterdrückt, benachteiligt und eingeeignet wurden und gab ihnen nicht selten seine Stimme. Dafür zahlte er einen hohen Preis: Vier Jahre seines Lebens hinter den Mauern des berüchtigten Stasigefängnisses Bautzen 2. Jahre später rekonstruierte er selbst sein Schicksal. Das dabei entstandene Buch „Akten-Einsicht“ gehört zu den Büchern, die am unerbittlichsten über den verbrecherischen Charakter des SED-Regimes aufklärten.

Wirft man einen Blick auf die ganze Fülle seiner Veröffentlichungen, so wird deutlich, dass die analytische Beschäftigung mit dem Herrschaftssystem der DDR auf dokumentarischer Grundlage im Vordergrund eines Lebenswerkes steht, das diese Bezeichnung zurecht trägt. Fricke hat sich immer in beeindruckender, nein: bewegender Beharrlichkeit Themen gewidmet, die nicht „en vogue“ waren, die nicht in den „mainstream“ des politischen Feuilletons passten, die immer unabhängige und unbeeinflussbare Koordinaten seiner Urteilsbildung spiegelten. Dafür zollen wir ihm unseren großen Respekt.

Seine Arbeiten fanden immer auch die Anerkennung der wissenschaftlichen Kollegen. So hob etwa Hermann Weber in seiner Würdigung von Frickes Arbeiten zur DDR-Opposition nicht nur hervor, dass er sich von allen mit diesem Gegenstand befassenden Autoren „am intensivsten mit Opposition und Verfolgung“ auseinandergesetzt habe. Hermann Weber, der

Nestor der unbeirrbaren und politisch niemals korrumpierbaren DDR- und Kommunismusforschung, betonte auch, dass Frickes „Skizzierung der politischen Gegnerschaft in der DDR über dreieinhalb Jahrzehnte hinweg wissenschaftlichen Kriterien standhalte“.

Heute wissen wir, dass Fricke mit der Erforschung der DDR das gesamte Spannungsverhältnis von Diktatur und Demokratie zum Gegenstand seines wissenschaftlichen Werkes machte. Dieses Verhältnis berührt eine grundlegende Frage politischer Existenz und freiheitlicher Ordnung im 20. Jahrhundert und ist deshalb nach wie vor für eine demokratische Gesellschaft konstitutiv.

Frickes Gesamtwerk stellt eine beeindruckende Lebensleistung dar. Deshalb hat 1996 das Otto-Suhr-Institut genau vierzig Jahre nach seiner Verurteilung durch den SED-Unrechtsstaat Karl Wilhelm Fricke die Würde eines Ehrendoktors verliehen und erklärt: „Wären Sie jünger, allein eine Professur wäre angezeigt!“

Die Verleihung der Würde eines Ehrendoktors der Freien Universität durch den Fachbereich Politische Wissenschaft zielte aber nicht nur auf die Auszeichnung eines sehr anerkannten wissenschaftlich tätigen Journalisten. Die Ehrung soll die Bedeutung politisch-ethischer Dimensionen wissenschaftlicher Forschung betonen, die sich aus dem Bekenntnis zu den Menschenrechten, zu den Prinzipien der Gewaltenteilung, des Rechtsstaates und zur sittlich begründeten Kritik an der Verletzung der Menschenwürde ergibt.

---

*Der Autor:*

*Peter Steinbach, Prof. Dr. phil. habil., geb. 1948; Professor für Neuere und Neueste Geschichte – mit einem Schwerpunkt: Diktaturvergleich – an der Universität Karlsruhe; seit 1983 Wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand zu Berlin*

# Politische Justiz als Herrschaftsinstrument von SED und MfS

Von Hans-Jürgen Grasemann

Die Politisierung der Justiz in der DDR, deren Ergebnis die unbedingte Parteilichkeit in der richterlichen Entscheidung und die Bindung der Rechtsprechung an die Beschlüsse der Partei war, war zu keiner Zeit eine nur kurz- oder mittelfristige Reaktion auf Entwicklungstendenzen, die der SED gefährlich erschienen. Sie war vielmehr Erfordernis zur Erhaltung der nicht demokratisch legitimierte Macht. Die Kriminalisierung der Opposition hatte in der DDR deshalb Tradition.

„Die Gesetze fordern, dass unsere Straforgane, geleitet von ihrem sozialistischen Bewusstsein und ihrer politischen Verantwortung vor dem deutschen Volk, die aktive und schöpferische Rolle der demokratischen Gesetzmäßigkeit gegenüber allen verbrecherischen Anschlägen auf unsere Staats- und Gesellschaftsordnung verwirklichen, jeglicher Verletzung der sozialistischen Gesetze konsequent entgegenzutreten und zur strengsten Einhaltung der Gesetze erziehen. Unsere Richter und Staatsanwälte müssen die ökonomischen und politischen Aufgaben und Ziele der Partei der Arbeiterklasse und des demokratischen Staates sorgfältig studieren und ihrer gesamten Tätigkeit zugrunde legen. Sie müssen den engen Zusammenhang zwischen einzelnen Verbrechen und der bestehenden Situation des Klassenkampfes aufdecken“, führten bereits 1953 die DDR-Rechtswissenschaftler Hans Gerats und Joachim Renneberg aus.

Der damalige Generalstaatsanwalt der DDR, Ernst Melsheimer (SED) brachte die Forderung der Partei auf eine noch kürzere Formel: „In der richterlichen Entscheidung muss sich die Bereitschaft widerspiegeln, die von der Partei der Arbeiterklasse und von der Regierung gefassten Beschlüsse durchzusetzen.“ Nicht ohne Grund lief in der DDR der Satz um: „Wer etwas tut oder unterlässt, wird

bestraft; Abweichendes regelt das Politbüro.“

Die politische Rigorosität im Umgang mit dem Strafrecht war freilich nicht auf die Anleitung der Staatsanwälte und Richter beschränkt. Durchsetzung und Sicherung der SED-Politik in Staat und Gesellschaft waren nur gewährleistet, wenn aus dem Führungsmonopol der Partei auch der Instrumentalcharakter des Rechts abgeleitet wurde und Parteibeschlüsse den von den staatlichen Organen erlassenen Rechtsnormen übergeordnet waren.

„Wo ein Strafgesetz bereits durch seinen Wortlaut an ein Pamphlet erinnert, kann eine politisch unvoreingenommene – also gerechte – Ent-



*Dr. Hans-Jürgen Grasemann, geb. 1946, ist Oberstaatsanwalt in Braunschweig und war von 1988 bis 1994 stellv. Leiter und Sprecher der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter. Promotion 1973 zum DDR-Verfassungsrecht. Zahlreiche Aufsätze zur DDR-Vergangenheit. Seit 1969 ist er Mitglied der SPD, seit 2006 Vorsitzender des Vorstandes des Trägervereins der Politischen Bildungsstätte Helmstedt e.V.*

scheidung kaum möglich sein, denn natürlich besteht zwischen Form und Inhalt eines Strafgesetzes ein dialektischer Zusammenhang. Es ist schwierig, ein Gesetz in sachlicher Formulierung zu halten, wenn es inhaltlich einem politischen Zweck dienen soll.“ Diese Aussage Karl Wilhelm Fricke kann auf eine Vielzahl von Bestimmungen des politischen Strafrechts der DDR bezogen werden: „Staatsfeindliche Hetze“ (§ 106), „Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit“ (§ 214), „Ungesetzliche Verbindungsaufnahme“ (§ 219), „Öffentliche Herabwürdigung“ (§ 220). Auf diese und andere Rechtsnormen traf auch die Feststellung von Karl Marx zu: „Gesetze, die nicht die Handlung als solche, sondern die Gesinnung des Handelnden zu ihren Hauptkriterien machen, sind nichts als positive Sanktionen der Gesetzeslosigkeit.“

40 Jahre Rechtsanwendungspraxis haben gezeigt, dass dieser Satz des Klassikers des Sozialismus von den Repräsentanten des „real existierenden Sozialismus“ nicht beachtet worden ist. Bis zuletzt waren die Anstrengungen spürbar, die Auslegungsmöglichkeiten zum Nachteil von Betroffenen zu erweitern. Selbst harmlose Witze oder die Mitteilung persönlicher Erfahrungen an westliche Verwandte konnten einen DDR-Bürger der Strafverfolgung und in deren Folge der politischen Asozialität aussetzen. Wer mit Maßnahmen „sozialistischer Brudernationen“, beispielsweise dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan nicht einverstanden war und dies zum Ausdruck brachte oder wer sich über die „Bruderpartei“ DKP in der Weise lustig machte, dass sie bei den Wahlen in der BR Deutschland immer nur so viele Zehntelprozente an Stimmen erhalte, wie der SED an 100 % fehlen, musste mit einer Bestrafung wegen „staatsfeindlicher Hetze“ rechnen.

Die seit 1990 geöffneten Straf- und MfS-Akten und deren wissenschaftliche Auswertung lassen erkennen, in welchem Ausmaß Staatsanwaltschaft und Gerichte zu willfährigen Instrumenten von Partei und Staatsapparat geworden sind – eine Bestätigung und Genugtuung für Karl Wilhelm Fricke, der wie kein anderer schon lange vor 1989 Chronist der „Strafjustiz im Parteiauftrag“ war und deshalb von vielen Verharmlosern der SED-Diktatur angefeindet wurde.

Dass die Partei- und Staatsführung vor allem der Staatsanwaltschaft vertrauen konnte, hat Lothar Reuter, langjähriger Ausbilder des staatsanwaltschaftlichen Nachwuchses an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena und 1990 kurzfristig Stellvertreter des Generalstaatsanwalts der DDR, nach der „Wende“ wie folgt belegt: „Zentralistisch organisiert, unterstand die Staatsanwaltschaft der unmittelbaren politischen Führung durch das ZK der SED, das sich auch die Bestätigung aller leitenden Staatsanwälte in der Zentrale und der Bezirksstaatsanwälte nach dem Nomenklaturkaderprinzip vorbehalten hat. Über ein abgestimmtes und mit Konsequenz durchgesetztes System der Auswahl und parteipolitischen Bildung (an der Parteihochschule der SED bzw. an Bildungseinrichtungen der KPdSU) sicherte sich das ZK der SED einen entscheidenden Einfluss darauf, dass alle Führungsfunktionen in der Staatsanwaltschaft mit der Partei „treu ergebenen“ Staatsanwälten besetzt wurden. Im Übrigen war gewährleistet, dass nur der Staatsanwalt werden konnte, der der SED angehörte oder seine Absicht erklärt hatte, ihr beizutreten. Die Parteiorganisation der Staatsanwaltschaft, unmittelbar von den Leitungen der SED auf der betreffenden Ebene angeleitet, sicherte die strikte Ausrichtung der Staatsanwälte auf die Politik der Partei und ein dementsprechend konformes Verhalten, das eine kritische Distanz zu dieser Politik ausschloss.“

Nicht wenige ehemalige DDR-Staatsanwälte, insbesondere solche der Abteilung 1 A, haben freilich die politisch-ideologischen Lenkungs-

maßnahmen nicht als Beeinträchtigung ihrer Tätigkeit empfunden. Manche vermitteln in Gesprächen sogar den Eindruck, in politischen Strafverfahren gegenüber der schwachen Stellung der Richter überlegen gewesen zu sein. Sie hätten die Entscheidung getroffen, was letztendlich mit einem Angeklagten zu geschehen hatte, die Gerichte hätten überwiegend bereits gefällte Entscheidungen nur nachvollzogen und für die Öffentlichkeit legitimiert. Dieses Selbstbildnis der Staatsanwälte, das bei anderen Staatsanwälten keine Zustimmung findet, wird indes durch Dokumente des SED-Parteiarchivs und durch MfS-Akten beeinträchtigt. Diese erlauben heute die Feststellung, dass jedenfalls die Staatsanwälte der 1 A-Abteilung sich „im unmittelbaren Schlepptau des Ministeriums für Staatssicherheit“ befunden haben, das in Abstimmung mit der SED-Führung und in deren Auftrag allein Strategie und Taktik des Kampfes gegen Andersdenkende und die sich immer stärker formierende politische Opposition ausgearbeitet hat. Deshalb räumen andere ehemalige DDR-Staatsanwälte unumwunden ein, sie hätten der übermächtigen Dominanz des MfS nichts entgegenzusetzen vermocht, selbst wenn sie im Einzelfall unter Hinweis auf Rechtsverletzung durch das Untersuchungsorgan MfS gewollt hätten. Den etwa 1.100 Staatsanwälten in der DDR standen immerhin 91.000 hauptamtliche Mitarbeiter der Staatssicherheit gegenüber. Nicht ohne Grund konnte Erich Mielke auf der Zentralen Dienstkonferenz am 24.5.1979 erklären „Um es noch einmal deutlich zu sagen: Feinde bearbeiten wir!“

Die kritiklose Übernahme des Ermittlungsergebnisses des MfS einschließlich dessen rechtlicher Würdigung durch die Staatsanwaltschaft wurde durch die Richter fortgesetzt. Auf die Frage von hessischen Richterkollegen am 13.2.1990, wie er mit Strafsachen umgegangen sei, die die Staatssicherheit bearbeitet habe, hat der damalige Vorsitzende des 1. Strafsenats des Bezirksgerichts Erfurt geantwortet: Diese Sachen habe er am liebsten bearbeitet. Grund: Die Stasi habe die fähigsten

Ermittler gehabt und sei kriminaltechnisch bestens gerüstet gewesen. Mit der „normalen“ Kripo habe es wegen deren unzulänglicher Vorarbeit häufig Probleme gegeben. Die „Stasi-Sachen“ habe er ohne jede Vorbereitung verhandeln können, die brauchte er gar nicht zu lesen, zumal die Angeklagten ausnahmslos in den U-Haftanstalten des MfS Geständnisse abgelegt hätten.

Bis zum Ende der SED-Herrschaft oblag es der politischen Justiz, durch exemplarisch hohe Strafen Respekt gegenüber der Partei- und Staatsführung zu erzeugen. Gewährleistet war dies zum einen durch das zu diesem Zweck bereitgestellte Instrumentarium des materiellen Rechts, in dem der Parteiwille bereits zum Ausdruck kam, zum anderen durch die als verlässliche Partei- und Staatsfunktionäre auftretenden Richter und Staatsanwälte. „Wenn die Partei Weisung gibt, folgen die Richter“, hat Walter Janka über seine Verurteilung zu 5 Jahren Zuchthaus durch das Oberste Gericht der DDR im Juli 1957 geschrieben. Dem Selbstverständnis der SED aus dem Jahre 1961, dass jedes Urteil eine politische Tat sei, steht heute sogar die Erkenntnis der PDS in der Enquete-Kommission gegenüber: „Der Krebs Schaden der Rechtskonzeption der SED bestand in der Reduktion des Rechts auf seine Instrumentalität und in der Weigerung, die Funktion des Rechts als Maß der Macht zu akzeptieren.“

Die heute zugänglichen Verfahrensakten der politischen Justiz der DDR und die dazu gehörenden Operativvorgänge des MfS, die die „Drehbücher“ und „Regieanweisungen“, „Strafmaßnahmen“ und sogar vorbereitete ADN-Meldungen über das „Ergebnis“ der künftigen Hauptverhandlung enthalten, sind Urkundenbeweise für die Perfektion der Lenkungsmechanismen im SED-Staat, aber auch dafür, dass – im Sinne einer politischen Bewertung – die DDR ein „Unrechtsstaat“ war, der immer weniger mit der freiwilligen Zustimmung seiner Bürger rechnen konnte und deshalb zu Recht mit seinen Instrumenten der Überwachung und Unterdrückung untergegangen ist.

# Volkmar Zühlsdorff (1912 – 2006):

## Antinazi, demokratischer Patriot, Weltbürger

Von Siegmara Faust

„Für uns, die in den Anfängen des Jahrhunderts geborene Generation, war es doch immer selbstverständlich, dass die Deutschen eine der bedeutendsten Nationen sind, die in einer tausendjährigen Geschichte die Geschichte der Völkergemeinschaft des christlichen Abendlands mitgetragen und mitgestaltet haben. Diese Gemeinschaft, aufgesplittet durch die Verirrungen eines übersteigerten Nationalismus seit der Französischen Revolution, wiederzuschaffen in moderner Form, das war der Idealismus und das Ziel, dem wir unser Leben widmen wollten.“

Der solches so glaubwürdig wie gelassen aussprechen konnte, starb am 22. September 2006 in Berlin: Dr. Volkmar Zühlsdorff, Ehrenpräsident des Reichsbanners „Schwarz Rot Gold“ und des Freien Deutschen Autorenverbandes.

1912 im märkischen Finow geboren und in Breslau aufgewachsen, trat er nach dem Abitur 1931 dem „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ bei, jener demokratischen Organisation, die sich gegen die Schlägertrupps der SA und der Kommunisten zur Wehr setzte (vgl. auch: FREIHEIT UND RECHT, September 2006/3, S. 5). Lebenslang blieb er seinem sechs Jahre älteren Freund Hubertus Prinz zu Löwenstein, der schon ein politischer Publizist von Rang war, und dessen Familie verbunden. Der „rote Prinz“, wie er verächtlich von Goebbels genannt wurde, sah schon 1930 in der „Vossischen Zeitung“ die „europäische Katastrophe“ voraus, sollte Hitler je an die Macht kommen. Als es dazu kam, musste er Deutschland sofort verlassen. Volkmar Zühlsdorff wurde vom Studium ausgeschlossen, erlebte noch die Bücherverbrennung in Berlin und folgte kurz darauf dem Freund ins Exil, vorerst nach Österreich. In Innsbruck nahm er sein Studium wieder auf und schloss es 1935 mit der Staatsprüfung, 1936 mit der Promotion ab. Später mussten sie über Frankreich und England nach New York emigrieren.

Dort war er 1935 an der von Prinz Löwenstein initiierten Gründung der „Deutschen Akademie der Künste und Wissenschaften im Exil“ beteiligt, deren Präsidenten keine geringeren als Thomas Mann und Sigmund Freud wurden. In einem Interview sagte Zühlsdorff: „In dieser Akademie war am Ende fast alles vertreten, was vom deutschen Geist im Exil Rang und Namen hatte.“

Obwohl die Akademie mit ihrer Hilfsorganisation „American Guild for German Cultural Freedom“ nicht nur einen Großteil der geistigen Elite Deutschlands zusammenführte, sondern auch das Überleben emigrierter Wissenschaftler und Künstler ermöglichte, blieb ihr die Anerkennung unmittelbar nach dem Krieg versagt, den Heimkehrern warf man vor, sie hätten der deutschen Tragödie „aus den Logen und Parterreplätzen des Auslandes“ heraus zugehört.

Zum Verdienst des Wirkens der Akademie zählt auch, dass der grausame, von Präsident Roosevelt schon abgesegnete Morgenthau-Plan, der nach dem Sieg Deutschlands totale Aufteilung, Vernichtung der Industrie und Ersäufung der Ruhrgruben vorsah, nicht zum Einsatz kam, weil eine Welle der Empörung durch die USA ging. Man begriff, dass es neben dem Hitler-Regime noch ein anderes Deutschland gab, „ein Deutschland des Rechtes, der Menschenwürde und des freien Geistes, dem die Zukunft gehören müsse“.

1946 zog es die Freunde nach 13-jährigem Exil wieder in das zerbombte und zerstückelte Deutschland. „Ich war ergriffen“, so Zühlsdorff, „von einem heißen Glücksgefühl, erfüllt von Liebe zu all diesen Menschen, meinen Brüdern und Schwestern, die viel gelitten hatten, was immer ihre Schuld, ihr Heldentum oder ihr Beiseitestehen gewesen sein mochte.“ Sie machten aller Welt klar, dass es kein Widerspruch war, Hitler zu bekämpfen und Deutschland zu lieben.

Sie riefen die „Deutsche Aktion“ ins Leben, besetzten 1950/51 mit Studenten Helgoland und erreichten unter Lebensgefahr die Einstellung britischer Bombenflüge, die das Eiland zer-

trümmern sollten. Ebenso setzten sie sich für die Rechte Vertriebener und die Rückkehr der Saar ein. Prinz Löwenstein wurde FDP-Bundestagsabgeordneter und schloss sich 1958 der CDU an. Zühlsdorff war von 1952 bis 1956 politischer Redakteur der „Zeit“ und 1959 bis 1977 Diplomat der Bundesrepublik Deutschland. 1986 erschien sein stark beachtetes Briefwechsel mit Hermann Broch.

Im Gegensatz zu Autoren, die sich der Waffen-SS eingliedern ließen und später mit erhobenem Zeigefinger gegen die deutsche Einheit stichelten, haben der Prinz und Zühlsdorff als Mitbegründer des Freien Deutschen Autorenverbandes (FDA) nie an der Wiedervereinigung gezweifelt und sich stets mit den bedrängten DDR-Autoren solidarisiert und die ausgebürgerten mit offenen Armen empfangen. „Daher sind wir auch gleich, als die Mauer fiel“, sagte Ehrenpräsident Volkmar Zühlsdorff, „mit unseren Kongressen hinübergegangen ins Herz Deutschlands, auf die Wartburg, dorthin, wo mit Luthers Bibelübersetzung das einigende Band der hochdeutschen Sprache entstand und wo bereits 1817 die Burschenschaften unter schwarz-rot-goldenen Fahnen für das demonstrierten, worum es in der Gegenwart noch immer - oder wiederum - geht: für die Freiheit und für ein einiges deutsches Vaterland.“

„Die beiden totalitären Systeme unseres Jahrhunderts“, sagte er in einem Interview, „sind zusammengebrochen, das eine durch äußere Gewalt, das andere durch innere Verrottung. Derartige Ereignisse haben ihre Wirkung auf die Menschen, auf ihre geistige und ethische Haltung. Ich meine, dass wir zu einer geistigen Atmosphäre gelangen werden, in der Deutschland wieder an eine Vergangenheit anschließt, in der es eine würdige Rolle gespielt hat als eine der bedeutenden Nationen des Abendlandes.“

Alle, denen das Wohl der europäischen Vaterländer und die Würde ihrer Bürger am Herzen liegen, haben guten Grund, sich vor diesem tapferen, freiheitlich und christlich gesinnten Patrioten tief zu verneigen.

# Aus den Verbänden

Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen e.V. (ZDWV)

## Annemarie Renger empfing bulgarischen Politiker

Die Vorsitzende des Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen (ZDWV) und frühere Bundestagspräsidentin, Annemarie Renger, begrüßte in ihrem Bonner Büro Chavdar Soutinski aus Sofia, den Generalsekretär der Bewegung Für Sozialen Humanismus (BSH), eine sozialdemokratisch orientierte Partei. Die BSH ist Mitglied der regierenden „Koalition für Bulgarien“. Soutinski informierte über die innenpolitische Lage im Lande und vor allem über den bevorstehenden EU-Beitritt Bulgariens. Dabei ging er auch auf die neue rechtspopulistische Partei ATAKA ein, die mit einem Wahlergebnis von rund 9% der abgegebenen Stimmen seit Herbst 2005 im Parlament vertreten ist. Die ATAKA zeichnet sich durch einen nationalistischen Kurs und unverschämte Hetze gegen ethnische Minderheiten in Bulgarien aus. Soutinskis Beobachtung: Animierte durch das vorteilhafte Wahlergebnis für die ATAKA versuchen nun verschiedene radikale Persönlichkeiten, weitere rechtspopulistische Parteien ins Leben zu rufen. Derzeit sei nicht abzuschätzen, inwieweit dies zu einer Gefahr für die junge bulgarische Demokratie oder zu einer Zersplitterung der Rechtsradikalen führen kann. Mehrheitlich ist die bulgarische Bevölkerung nach Soutinskis Auffassung für die demokratische Staatsform und lehnt eine autoritäre Herrschaft ab.

Annemarie Renger wies mit Nachdruck darauf hin, dass alle demokratischen Parteien und Organisationen bei allen sachlichen Meinungsverschiedenheiten im Kampf gegen demokratiefeindliche Bewegungen zusammenarbeiten müssen. Es sei ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, dass dies ausschließlich einzelnen Organisationen oder Personen überlassen werden kann. Gerade die deutsche Geschichte lehre, dass nur die Zusammenarbeit aller Demokraten eine verlässliche Grundlage für Stabilität und erfolgreiche Verteidigung der Demokratie bilden könne. Besonderes Augenmerk müsse dabei auf die junge Generation gelegt werden. Die Vorsitzende des ZDWV tritt dafür ein, dass die westeuropäischen Staaten den demokratischen Aufbau Bulgariens nachhaltig unterstützen.

*Horst Tabatt*



*Annemarie Renger empfängt Chavdar Soutinski  
Foto: Peter Bierganns*



*Annemarie Renger, Chavdar Soutinski, Dolmetscherin  
Foto: Peter Bierganns*

## Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN) Schleswig-Holstein e.V.

### „Steine gegen das Vergessen“

Dieses Motto hatte sich 2004 die KZ-Gedenkstätte Ladelund auferlegt und um Spenden für den Ausbau der Gedenkstätte – übrigens gilt Ladelund als die älteste KZ-Gedenkstätte Deutschlands – gebeten. Begleitet wurde die Spendenkampagne insgesamt 10 Wochen vom Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag mit seinen 15 Tageszeitungen. Aber nicht nur aus Schleswig-Holstein flossen die Spenden, sondern auch aus dem gesamten Bundesgebiet. Es folgten Unterstützungen von Firmen, Banken, Stiftungen, Verbän-

den, privaten und öffentlichen Einrichtungen sowie Sonderzuwendungen von Land und Kirche. Im September 2006 war es dann soweit. Das erweiterte Dokumentenhaus konnte feierlich eingeweiht werden. Hieran nahmen auch Vertreter der niederländischen Gemeinde Putten teil, aus der viele Opfer des Lagers stammten, das im November 1944 zum Außenlager des KZ Neuenamme wurde. Die Kontakte zu den Angehörigen sind auf eine dauerhafte Basis gestellt.

Mit den Jahren ist aus den zahlreichen Kontakten eine besondere Verbundenheit mit Angehörigen und überlebenden Häftlingen aus Frankreich, Polen, den Niederlanden, Dänemark und anderen Ländern gewachsen. Die jährlich stattfindenden Gedenkveranstaltungen und Begegnungen zum Volkstrauertag in Ladelund stellen den Höhepunkt einer lebendigen Gedenk- und Versöhnungsarbeit dar.

*Christel Jansen*

### Erste „Stolpersteine“ jetzt auch in Kiel

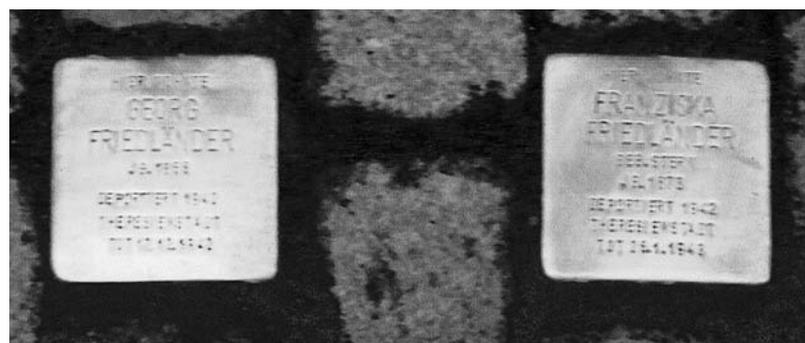
Sie erinnern an das Schicksal deportierter Juden. Die ersten von 172 Stolpersteinen wurden am 11. Oktober 2006 in Kiel verlegt. Das Projekt ist auf Initiative der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit nach Kiel geholt worden und wird vom Kulturreferat der Stadt Kiel unterstützt. Der Künstler Gunter Demnig erinnert damit an die Opfer der NS-Zeit, indem er vor ihrem letzten selbst gewählten Wohnort Gedenktafeln aus Messing in den Bürgersteig einlässt. Bis Ende 2006 hat er etwa 9000 Steine in mehr als 190 Ortschaften verlegt. „Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist“, sagt Demnig, der mit den Stolpersteinen Erinnerungen erhalten will, während es immer weniger Zeitzeugen gib.

Bei dem Projekt „Stolpersteine“ gehe es ausschließlich um Kieler Juden, war von der Stadt Kiel zu erfahren. Andere Opfergruppen aus dem Nationalsozialismus wie etwa Homosexuelle oder Sinti und Roma seien in dem Kieler Projekt nicht erfasst. Um diese Erweiterung geht es aber der seit 2005 engagiert arbeitenden Pro-

jektgruppe „Stolpersteine“. Der BVN-Schleswig-Holstein hat sich ebenfalls zur Mitarbeit bereit erklärt. Über

die Arbeit dieser Gruppe wird weiter berichtet werden.

*Christel Jansen*



## VDWV

VERBAND DEMOKRATISCHER WIDERSTANDSKÄMPFER UND VERFOLGTER DES NAZIREGIMES

LANDESVERBAND RHEINLAND-PFALZ E.V.

### Widerstand und Verfolgung in beiden Diktaturen in Deutschland:

## Dr. Reinhold Lofy

### Eine Doktorprüfung in der DDR

Reinhold Lofy promovierte an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Ost. Nach Abschluss der Prüfung durch ein erfolgreiches Rigorosum wurde ihm die Urkunde nicht ausgehändigt. Zuvor sollte er sich verpflichten, in der Bundesrepublik für die DDR Spionage zu leisten. Weil Lofy sich weigerte, dergleichen Tätigkeit aufzunehmen, wurde ihm die Promotionsurkunde nicht ausgehändigt. Die Promotionsakte ist inzwischen verschwunden. Später, nachdem Reinhold Lofy mit seiner Frau in die Bundesrepublik gekommen war, erhielt er von westdeutschen Behörden die Erlaubnis, den Dokortitel zu tragen.

### Ein NS-Verfolgter wird erneut verfolgt, diesmal von den DDR-Organen

Lofy wird aus dem Dienst entlassen; er bekommt kein Gehalt mehr. Und seine NS-Verfolgten-Rente wird gestrichen. Erschwerend wirkt sich seine enge Freundschaft zu Robert Havemann aus. Lofy wird nun fortwährend beobachtet und schikaniert. Alle Ausreisegesuche in die Bundesrepublik, in seine Heimat Trier, werden abgelehnt.

### Vom NS- zum SED-General: Rudolf Bamler

Reinhold Lofy erkennt im „Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere“ den Hitler-General Rudolf Bamler, auf dessen Befehl Lofy 1944 zum Tode verurteilt worden war. Bamler war in der DDR General der Nationalen Volksarmee geworden. Lofy zeigt Bamler wegen Kriegsverbrechens an. Von Seiten der „Organe“ erfolgen keine Reaktionen. Im Gegenteil: Die Stasi verstärkt die Schikanen und Observationen

gegen Lofy. Man verwehrt ihm weiter die Ausreise. Erst auf massiven Druck der Internationalen Juristen Kommission in Genf darf er 1972 endlich in die Bundesrepublik ausreisen.

### Lofys Bericht

Im Februar 1944 gelang es der Roten Armee im Kessel von Tscherkassy, die deutsche Front zu durchbrechen. Die deutschen Soldaten erlitten sehr starke Verluste; sie hatten viele Gefallene und Verwundete zu beklagen. Die übrig gebliebenen Soldaten waren völlig demoralisiert.

Der Kommandeur der Infanterie-Division, General Bamler, tobte und drohte: „... sollten Leutnant Lofy und sein Frontnachbar Oberleutnant Jentsch es wagen, einen weiteren Durchbruch der Russen zu ermöglichen“, ließe er sie ohne Urteil sofort erschießen.

In bewusster Verkennung der militärischen Kräfteverhältnisse – den dezimierten Deutschen standen starke russische Verbände gegenüber – sollten die verloren gegangenen

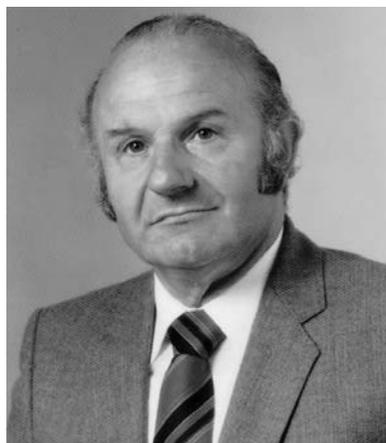


Reinhold Lofy mit 20 Jahren

Höhen von Turtschin zurück erobert werden. Hitlergeneral Bamler wollte damit „dem Führer Adolf Hitler ein Geburtstagsgeschenk machen“, stand es wörtlich im Divisionsbefehl.

Leutnant Lofy bekam den Divisionsbefehl, mit einem Stoßtrupp in die russische Hauptkampflinie einzubrechen und Gefangene zu machen, wenn nicht lebendige, dann tote Russen zu bringen. Unter Umständen sollten Sowjetsoldaten durch Kopfabschlagen mit dem Spaten getötet werden. Zwar wurde ein Stoßtrupp aufgestellt. Jedoch erwies sich der Befehl als unausführbar. Kompanieführer Lofy brachte seine Soldaten unverrichteter Dinge zurück. Seine Verantwortung und Fürsorge für die ihm anvertrauten Männer hatten es ihm unmöglich gemacht, sie in den sicheren Tod zu führen. Das wurde als Befehlsverweigerung ausgelegt.

Etwas später lag die Kompanie in Ruhestellung hinter der Frontlinie. Ein



Reinhold Lofy

„Reichsredner“ sprach zu den Soldaten über den „sicheren Endsieg“. Lofy nannte den nationalsozialistischen Redner einen „Goldfasan“. Das war Wehrkraftzersetzung. Der Divisionskommandeur Bamler ließ Lofy verhaften und wies ein Kriegsgericht an, ihn zum Tode zu verurteilen.

Am 25. Juni 1944 wurde Leutnant Reinhold Lofy zum Tode verurteilt. Nach mehreren Gefängnisaufenthalten kam Lofy in das Wehrmachtgefängnis Germersheim. Das Urteil wurde im Februar 1945 in eine langjährige Gefängnisstrafe umgewandelt, verbunden mit gleichzeitiger Abstellung in das Strafbataillon 500. Das Strafbataillon wurde an vorderster Front eingesetzt. Lofy erlitt schwere Verwundungen.

### **Bamler: Effektives Werkzeug beider Diktaturen**

General Bamler geriet am 27.06. 1944 in sowjetische Kriegsgefangen-

schaft. Dort trat er in das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ ein. Er trat nun als Verfasser eines Aufrufs auf (solche Texte wurden selbstverständlich von absolut stalinistisch gefestigten KP-Kadern vorformuliert), in dem zum Kampf gegen Hitlers Krieg aufgefordert wurde. Diesem Aufruf schlossen sich 50 deutsche kriegsgefangene Generäle an. Seit dem 1. Mai 1950 half Bamler beim Aufbau der Streitkräfte der DDR. Er wurde wieder General, General der Nationalen Volksarmee. Er erhielt den Vaterländischen Verdienstorden in Silber und viele andere Auszeichnungen. Er ist nicht mehr am Leben.

### **Dr. Reinhold Lofy heute**

Der 84-Jährige lebt in Trier, ist Vorstandsmitglied im ZDWV und Vorsitzender des Verbandes Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgter des Naziregimes (VDWV), Rheinland-Pfalz, der eng mit dem

Nachbarverband BDWV NRW zusammenarbeitet. Vor einigen Jahren schilderte Hermine Wüllner in einem sehr lesenswerten Beitrag den militärischen Widerstand des jungen Soldaten Reinhold Lofy im 2. Weltkrieg in:

*Wolfram Wette (Hrsg.):  
Retter in Uniform.  
Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht,  
Fischer Taschenbuch Verlag,  
Frankfurt/M. 2002, 3. Aufl. 2003*

Das Buch wurde unter besonderer Berücksichtigung des Beitrags über Reinhold Lofy besprochen in: FREIHEIT UND RECHT, Juni 2004/2, Seite 31.

*Hans Marquardt*

## Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern)

### Die „schweigende“ Mehrheit schweigt immer weniger

#### **Kamm: NPD verbieten!**

**Nürnberg.** „Ein kleines Häuflein Neonazis wollte ausgerechnet in Gostendorf seinen Marsch beginnen“ – so schrieb Lorenz Bomhard in den Nürnberger Nachrichten. Und der Berichterstatter traf die Szene genau, denn die Antwort der Bevölkerung im Stadtteil fiel deutlich aus: „Nazis raus“. Aufgerufen vom örtlichen Bündnis „Nazis stoppen“, demonstrierten die Bürger Gegenwehr, und sie bekamen prominente Unterstützung: Der frühere Landtagsvizepräsident Bertold Kamm, mit 80 Jahren nicht nur ein flotter Demonstrant, sondern auch der gelegentlich mit autoritätsbewusstem Charme

**agierende Vorsitzende des Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern), sprach aus, was viele denken. Wir dokumentieren seine Rede:**

Dr. Kurt Schumacher, der erste Vorsitzende der SPD nach 1945, hat als junger Reichstagsabgeordneter 1932 den Nazis im Deutschen Reichstag zugerufen, dass ihre ganze Ideologie nur ein ständiger Appell an den inneren Schweinehund der Menschen sei. Er konnte da noch nicht wissen, dass daraus eine Mörderbande entstehen würde, die millionenfachen Mord an anderen Menschen verüben würde. Er selbst hat seinen entschiedenen Kampf gegen die Nazis mit mehr als 10 Jahren KZ-Haft büßen

müssen. Hunderte Nürnberger Sozialdemokraten und mit ihnen viele andere Mitbürger haben ihren Kampf gegen diese Naziideologie mit langen Jahren der Haft bezahlen müssen. Unvergessen ist Heiner Stöhr, der als „Engel von Dachau“ vielen Mithäftlingen das Leben gerettet hat. Er hat vor dem Oberlandesgericht in München bei seiner Verurteilung durch die Nazis gesagt: Ich war Sozialist, ich bin Sozialist und ich werde Sozialist bleiben. Heiner Stöhr ist ebenso wie Kurt Schumacher an den Folgen der unmenschlichen Behandlung sehr früh von uns gegangen.

Heute stehen die Millionen Toter an unserer Seite, die dem nationalsozialistischen Regime zum Opfer gefallen sind. In unserer Geschichte habe alle Deutschen jedes Mal mit ihrem Leben, ihrer Gesundheit, ihrem Eigentum dafür unzählige Opfer bringen müssen, wenn nationalistische Töne das Volk vernebelten und verwirrten. Das war 1914

schon bei Wilhelm II. so und viel krasser ab 1933 bei den Nazis. Wenn solche Ideologen unser Volk verblenden, war Deutschland danach immer kleiner und zerstört.

Diese unsere Stadt war 1945 zerstört. Dank des Fleißes ihrer Bürger ist Nürnberg heute eine blühende Stadt, eine Stadt des Friedens und der Menschenrechte. In dieser Stadt haben diejenigen nichts verloren, die

für ihren Untergang verantwortlich waren.

Eine Erfahrung aus der Geschichte unseres Volkes hat Kurt Schumacher schon vor 60 Jahren in den Sätzen zusammengefasst:

Wir sind tolerant zu allen Toleranten. Aber wir haben den Mut, rücksichtslos zuzufassen gegenüber allen denen, die die Toleranz dazu

missbrauchen wollen, später einmal gegenüber dem Toleranten intolerant werden zu können.

Wir haben auf entsetzliche Weise erfahren, was Intoleranz in ihrer extremsten Form bedeutet. Deshalb ist es Zeit, die NPD mit den Mitteln unseres Grundgesetzes zu verbieten und sie gleichzeitig politisch zu bekämpfen – so wie hier und heute in Nürnberg.



**Bund der Verfolgten des Naziregimes**

**Berlin e. V.**

## Zum Tod von Gisela Mießner, Verfolgte in zwei Diktaturen

Im 82. Lebensjahr verstarb am 3. Oktober 2006 überraschend die stellvertretende Vorsitzende des BVN Gisela Mießner, geb. Mannheim. Ihr Tod reißt eine Lücke, die nicht mehr zu füllen sein wird.

Gisela Mießner war unermüdlich aktiv als Zeitzeugin, ihr besonderes Interesse galt in den letzten Jahren der Dokumentation der Vorgänge in der Rosenstraße im Februar 1943, wohin ihr Vater verschleppt worden war. Am 1. Oktober 2004 erhielt sie den Verdienstorden des Landes Berlin für ihre Zivilcourage während der Diktatur des Nationalsozialismus sowie wegen ihres beispielhaften politischen und sozialen Engagements.

Gisela Mießner hat nicht oft und nicht freiwillig aus ihrem Leben erzählt, aber wenn es Anlass dazu gab, sprudelten die Geschichten zuletzt aus ihr heraus wie ein Wasserfall. Und Anlässe dazu gab es immer öfter, besonders nach der Wiedervereinigung im Umgang mit der DDR-Vergangenheit, denn Gisela Mießner zählte zu

denen, die in beiden deutschen Diktaturen verfolgt wurden – im Nationalsozialismus aus rassistischen Gründen, weil ihr Vater Jude war, in der DDR aus politischen Gründen wegen ihrer Mitgliedschaft in der SPD, in die sie 1945 eingetreten war. Ihr Mann wurde 1953 in der DDR verhaftet und wegen „friedensgefährdender faschistischer Propaganda“ zu drei Jahren Haft verurteilt, wie das gerade erschienene Heft „60 Jahre Zwangsvereinigung. Zur Identität der SPD Lichtenberg in der Nachkriegszeit“ dokumentiert. Vielleicht war es auch das, was sie unendlich viel Kraft gekostet hat und ihr den Abschied vom Leben trotzdem leicht gemacht hat. Denn so wie sie sich geweigert hat, der Zwangsverschmelzung zuzustimmen und trotz Repressalien SPD-Mitglied blieb (im Unterschied zur SBZ war dies aufgrund einer Viermächtereinigung im Ostteil der Stadt vorläufig noch möglich), blieb sie auch sich selbst treu, und sie war immer für andere da, was auch in ihrer Verbundenheit mit der Arbeiter-

wohlfahrt zum Ausdruck kam. Wir hätten ihr gerne noch öfter zugehört, denn es gab immer wieder neue Facetten und Erinnerungen, die noch nicht erzählt waren. So müssen wir uns mit dem begnügen, was für die Nachwelt festgehalten wurde. Ihre Lebensgeschichte wird in Bettina Michalskis „Louise Schroeders Schwestern. Berliner Sozialdemokratinnen der Nachkriegszeit“ erzählt (herausgegeben vom Franz-Neumann-Archiv 1996), das Schicksal der Familie ist auch in dem Band „Widerstand in Mitte und Tiergarten“ der Reihe „Widerstand 1933–1945“ der Gedenkstätte Deutscher Widerstand dokumentiert. Für das „Archiv der Erinnerung“ in der Gedenkstätte „Haus der Wannsee-Konferenz“ hat Gisela Mießner ihre Erinnerungen vor der Videokamera erzählt.

Die geplante Israelreise, auf die sie sich wie immer gefreut hatte, konnte sie dieses Jahr nicht mehr antreten. Wir werden Gisela Mießner ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen und insbesondere ihrer Tochter Brigitte.

BVN Berlin – Der Vorstand

# Idomeneo – eine notwendige Debatte über die Freiheit der Kunst

Die Intendantin der Deutschen Oper Berlin, Kirsten Harms, hatte die ursprünglich auf dem Programm stehenden Aufführungen der Mozart-Oper Idomeneo im September 2006 vom Spielplan abgesetzt, da sie Informationen des Landeskriminalamts über eine mögliche Gefährdung der Oper erhielt. Dafür wurde sie viel kritisiert, selbst von Bundeskanzlerin Merkel. Die Frage stellt sich: Zu Recht? Eine Podiumsdiskussion am 3. Oktober brachte Klarheit über die Beweggründe für die umstrittene Entscheidung.

Über Geschmack lässt sich bekanntlich streiten. Darüber, ob es wirklich notwendig ist, in einer Inszenierung der Oper Idomeneo abgeschlagene Köpfe ausgewählter Religionsstifter zu zeigen, auch. Mag sein, dass in unserer schnelllebigen Zeit, in der sich Menschen nur noch mit Sensationsmeldungen hinter dem Ofen hervorlocken lassen, subtile Denkanstöße nicht mehr genug sind. Mag sein, dass sich Künstler gerne als Erzieher verstehen und glauben, Holzhammermethoden anwenden zu müssen, um ihre Meinung aller Welt deutlich zu machen. Die Gratwanderung, die im Namen der Freiheit der Kunst jenseits des guten Geschmacks zwischen Verletzung der Würde und Beleidigung gelegentlich erfolgt, ist doch Teil einer Freiheit, die von entscheidender Bedeutung für den Erhalt einer Demokratie ist, da sie Diskussionen anregt und hilft, Probleme an die Oberfläche zu bringen, die unter den Teppich gekehrt nur weiter schweben würden – erinnert sei hier beispielsweise an Rainer Werner Fassbinders Theaterstück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ aus dem Jahr 1974. Deshalb sollte im Zweifelsfall in Deutschland in erster Linie zugunsten der ja auch im Grundgesetz verankerten Freiheit der Kunst entschieden werden. Ob er sich diese Kunst antut, bleibt schließlich auch jedem Betrachter selbst überlassen – er zahlt ja in der Regel sogar dafür.

Allerdings, und das hat die Idomeneo-Debatte deutlich gezeigt, gibt es dabei

Ausnahmen. Und eine solche Ausnahme ist sicherlich, wenn die Fürsorgepflicht gegenüber anderen Menschen mit einmal in den Vordergrund tritt. Dass die Entscheidung von Kirsten Harms angesichts der ihr vorgetragenen Sicherheitsbedenken gar nicht anders ausfallen konnte, sollte allen, die um die Freiheit der Kunst so besorgt waren, noch einmal gesagt werden. Berlins Innensenator Dr. Erhart Körting erklärte auf der Podiumsdiskussion, die Berliner Polizei sei natürlich in der Lage, die Deutsche Oper bei einer solchen Aufführung zu schützen. Das hatte er, als die Entscheidung zur Absetzung fiel, nicht so deutlich gemacht. Und ob die Vorstellung, Opernaufführungen künftig unter Polizeischutz durchzuführen, wirklich beruhigend ist, steht auf einem anderen Blatt. Zumindest hat diese Klarstellung auch die Entscheidung zur Wiederaufnahme der Inszenierung ermöglicht. Wie dieser Schutz dann aussehen wird und ob die Ausübung freier Kunst künftig in Deutschland nur noch unter Polizeischutz stattfinden kann, darüber wurde natürlich nicht debattiert. Allerdings ist dies wohl die Frage, die künftig vorrangig interessieren sollte. Denn es ist absehbar, dass sie sich im Zuge der öffentlichen Debatten über Demokratieverständnis, Freiheit und Religion weiter in den Vordergrund drängen und für unser künftiges Leben auch in Europa von zentraler Bedeutung werden wird. Es ist dies eine Diskussion, die aufgrund der Globalisierung international zu erfolgen hat.

Seit dem Ausruf der Fatwa gegen Salman Rushdie hat sich die Welt geändert, auch wenn wir das nicht wahrhaben möchten. Denn damit hat ein einzelner Staatschef das Leben und die Freiheit eines Andersdenkenden außerhalb seines eigenen Territoriums massiv und sehr effektiv bedroht. Die Ausübung von Macht ist damit ohne eine offene Kriegserklärung über die eigene Staatsgrenze hinaus getragen worden. Dänemark ist zum Auslöser eines „Karrikaturenstreits“ geworden

und rudert nun, nachdem die Jugendorganisation der Dänischen Volkspartei (DFU) einen neuen „Wettbewerb“ ausgeschrieben und damit eine gewollte Provokation in Form eines „Karrikaturenstreit II“ inszeniert hat, entsetzt zurück – Produktboykotte und brennende Botschaften sind eben nicht gerade angenehm für ein kleines Land, das in der Weltgemeinschaft mit einmal erstaunlich isoliert da steht. So einfach ist es geworden, den Frieden zu gefährden – ein Zustand, den wir glaubten, mit dem Mittelalter überwunden zu haben. In Frankreich muss der Philosoph Robert Redeker um sein Leben bangen, weil er sein Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen hat und, zwar vom „Europäischen Fatwa-Rat“ nicht mit einem Bann belegt, so doch von dessen Vorsitzendem Al-Qaradhawi in einer Sendung von „Al Dschazira“ kritisiert wurde – was am selben Tag zu mehr als 200 Morddrohungen per E-Mail führte (FAZ vom 7. Oktober 2006).

Innensenator Körting erzählte auf der Podiumsdiskussion am 3. Oktober nicht umsonst, dass er „morgens noch einmal im Internet bei Al Dschazira“ gesurft habe, aber nichts finden können, „vielleicht auch mangels Arabischkenntnissen“. Es kann ja wohl keine Alternative sein, wenn wir, ehe wir unser Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen können, auf islamischen Internetseiten surfen und arabisch lernen müssen, um dadurch festzustellen, ob wir mit unseren Handlungen eventuell die Gefühle Andersgläubiger verletzt haben und damit einer Gefährdung unterliegen. Nicht umsonst haben wir in Deutschland Jahrhunderte für Toleranz in Glaubensfragen und die Trennung von Kirche und Staat gekämpft. Ganz sicher ist, dass der Verfassungsschutz bzw. der Bundesnachrichtendienst hier eine Aufgabe haben, die sie weiter vor wachsende Probleme stellen wird und die sich nur in dem globalen Rahmen lösen lassen wird, in dem sie jetzt schon stattfindet.

*Nikoline Hansen*

# Neuerscheinungen

Uwe Backes/Eckhard Jesse:

## Vergleichende Extremismusforschung

Baden-Baden 2005, 413 Seiten, € 39,00.

Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.):

## Jahrbuch Extremismus & Demokratie

Baden-Baden 2005, Bd. 17, 478 Seiten, € 44,00.

Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.):

## Gefährdungen der Freiheit

Extremistische Ideologien im Vergleich  
Göttingen 2006, 592 Seiten, € 54,90.

### Drei Werke geballter Extremismusforschung

Der Extremismusforscher gehört zu den Schattengewächsen der Politologie. Abseits vom grellen Licht der politischen Bühne erkundet er in einem wissenschaftlichen Nischenbereich die Personalien, ideologischen Ver(w)irungen sowie strukturellen Entwicklungen obskurer, antidemokratischer Grüppchen und Zirkel. Wenn einer extremistischen Formation der Sprung in ein Landesparlament gelingt, wird er kurzfristig am Wahlabend in das Licht der Studioscheinwerfer gezerrt. Nach der Abfrage seiner Expertenmeinung – ein Kommentar, dessen Länge die eines Fernsehwerbespots für Schokoriegel oder Babywindeln aus dramaturgischen Gründen nicht überschreiten darf – verschwindet er wieder in der Versenkung. Daher setzt die Extremismusforschung als Tätigkeitsbereich eine hohe Frustrationstoleranz voraus, insbesondere bei einem zumindest durchschnittlich ausgeprägten Geltungsbedürfnis.

Menschlich verständlich also, dass einzelne im Themenspektrum des Extremismus beheimatete Autoren bemüht sind, diesem Umstand zu entkommen. In der Hoffnung, sich mehr Beachtung für ihre Forschungsleistung zu verschaffen, reden sie entweder extremistische Tendenzen aus dem Nichts herbei oder zelebrieren so lange das jeweilige Lieblingsthema der Medien (meist die zuletzt bei Wahlen erfolgreiche extremistische Partei), bis auch die Geduld einer noch so interessierten Öffentlichkeit gänzlich erschöpft ist.

Vor diesem Hintergrund fällt das bewährte Forschergespann Uwe Backes und Eckhard Jesse besonders positiv auf. In drei zeitnah publizierten Werken rüsten Backes und Jesse die (aufgrund des Einzugs der NPD in den Landtag von

Mecklenburg-Vorpommern erneut entflammte) öffentliche Diskussion über Ursachen, Gebärden und Gefahrenpotenziale des Extremismus mit verlässlicher Analyse einschließlich passender aktueller Bezugspunkte aus. Im Gegensatz zu zahlreichen prononciert „linken“ Autoren verfallen sie dabei nie in effekthascherisches Alarmgeschrei, wo eine besonnene Einschätzung der Lage zielführender wäre. Gleichzeitig lenken sie den Blick auf in den Medien wenig wahrgenommene Aspekte und neue Entwicklungen des Extremismus, ohne dabei ihren jeweiligen Forschungsgegenstand überzubewerten.



*Professor Dr. Uwe Backes, Politikwissenschaftler  
Stellv. Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden*

Der bemerkenswert breite Themenhorizont, den Backes und Jesse in ihrem Band „**Vergleichende Extremismusforschung**“ entfächern, ergibt sich aus dem Begriffsverständnis der Autoren, welches den demokratischen Verfassungsstaat dem politischen Extremismus antithetisch gegenüberstellt. Die Grundannahme lautet, dass sehr unterschiedliche ideologische Haltungen der freiheitlichen Demokratie widersprechen. Der Totalitarismusforschung entsprechend scheuen sich Backes und Jesse nicht, auch inhaltlich konträre Extremismen miteinander vergleichend zu behandeln.

Die insgesamt 20 Abhandlungen des Bandes sind in vier Teile gegliedert. Im ersten Teil finden sich drei Einführungstexte, die zur vergleichenden Extremismusforschung inhaltlich hinführen. Im der Theorie vorbehaltenen, aus acht Texten bestehenden zweiten Teil wird bereits die Vielfalt extremistischer Phänomene und Herangehensweisen der wissenschaftlichen Untersuchung sichtbar. Die begriffliche Rechts-Links-Unterscheidung wird dort ebenso diskutiert wie beispielsweise der „Extremismus der Mitte“, der Islamismus (und Djihadismus), die Dilemmata streitbarer Demokratie sowie Prinzipien und Praxis des antiextremistischen Konsens. Der vier Texte umfassende dritte Teil bettet verschiedene Extremismusformen in den historischen Kontext ein und macht sie so „greifbarer“. Die abschließende vierte Teil bietet fünf empirische Bestandsaufnahmen, die sich neben naheliegenden Beschäftigungsfeldern der Extre-

mismusforschung wie der neuen Linken und Rechten sowie Autonomen und Skinheads auch Studienobjekten widmen, derer sich bisher nahezu ausschließlich Theologen und Religionswissenschaftler angenommen hatten. Neben dem Fundamentalismus kommen in diesem Zusammenhang die so genannten „Sekten“ zur Sprache, verbunden mit der Forderung, äußerst unterschiedlichen als „Sekten“ firmierenden Gemeinschaften dürfe nicht pauschal eine Nähe zum Extremismus unterstellt werden.

Backes und Jesse begnügen sich nicht damit, unabhängig von aktuellen Ereignissen Zugang zu einem Kuriositätenkabinett möglicher extremistischer Ausprägungen zu gewähren. Leser des **Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2005** können sich einerseits gut über die gesamte Bandbreite extremistischer Entwicklungen informiert wissen, andererseits werden sie in die Lage versetzt, das Tagesgeschehen zum politischen Extremismus fundiert einordnen zu können. Auf den Wahlerfolg der sächsischen NPD im September 2004 zum Beispiel gehen nicht nur Jesse und Backes in den beiden Dossiers „Wahlen 2004“ und „Organisationen 2004“ ein. Backes setzt sich in einem weiteren Beitrag mit einer Rede des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt auseinander. Henrik Steglich erklärt die organisatorischen Voraussetzungen für die Stimmengewinne der NPD. Florian Hartleb untersucht das Parteiorgan „Deutsche Stimme“. Eine vergleichbar umfangreiche Quelle zuverlässiger wissenschaftlicher Analyse zu diesem Thema dürfte zum Zeitpunkt des Erscheinens des Jahrbuches nicht verfügbar gewesen sein.



*Professor Dr. Eckhard Jesse, Fachgebiet Politikwissenschaft, Professur für politische Systeme an der TU Chemnitz*

Dennoch verkommt Band 17 des Jahrbuches nicht zur „NPD-Ausgabe“. Backes und Jesse fragen nach den „dritten Wegen“, während Frank Decker die populistische Reak-

tion auf parlamentarische Regieren und Entscheidungsblockaden beleuchtet. Tom Thieme verortet den Extremismus phänomenologisch zwischen Fundamentalismus, Rechts- und Linksextremismus. „Neue Revisionisten“ und „Sozial-imperialisten“ bilden den Untersuchungsgegenstand von Andreas Kühn. Es handelt sich um „K-Gruppen“, die es in den 70er Jahren gab. Drei Beiträge nehmen den Terrorismus unter die Lupe. Der politische Extremismus in der Schweiz wird analysiert, ebenso das globalisierungskritische Netzwerk „Attac“. Die Literaturbesprechungen lassen keine Lücken erkennen. Bei der Auswahl eines Beitrags zum Ruhm- und Ehrbegriff der Waffen-SS ließe sich Backes und Jesse angesichts der aktuellen Diskussion über die jüngsten Erkenntnisse von Günter Grass eine intuitive Vorahnung zusprechen. Offenkundig wird wie bei den vorherigen Ausgaben des Jahrbuches das Geschick von Backes und Jesse bei der Themenselektion sowie bei der Ansprache erfahrener und junger Extremismusforscher.

Eine Reihe von Autorennamen aus dem Jahrbuch tauchen auch im dritten Werk von Backes und Jesse auf: **Gefährdungen der Freiheit: Extremistische Ideologien im Vergleich**. Dieser Band greift die Ergebnisse einer Kooperationstagung des Hannah-Arendt-Instituts, dem Lehrstuhl „Politische Systeme, politische Institutionen“ an der Technischen Universität Chemnitz, der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Ad-hoc-Gruppe Politischer Extremismus der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) vom 9. bis 11. September 2004 auf. Er verspricht keine ideengeschichtliche Herleitung extremistischer Ideologien und ist kein Einführungsband zur politischen Theorie mit dem Themenschwerpunkt Extremismus. Absicht dieser Textsammlung ist der systematische Vergleich unterschiedlicher Formen des Extremismus. Im Mittelpunkt steht der Rechts-Links-Vergleich. Florian Hartleb geht dem Rechts- und Linkspopulismus in Westeuropa auf den Grund, Harald Bergsdorf stellt Ideologie und Programmatik rechts- und linksextremer Parteien einander gegenüber. In den ideologischen Vergleich von linkem und rechtem Extremismus in Deutschland bezieht Armin Pfahl-Traugber den islamistischen Extremismus als dritte Spielform ein. Viola Neu betrachtet rechts- und linksextreme Einstellungsmuster in Deutschland. Mit möglichen Berührungspunkten von Personen mit extrem linken und rechten Einstellungen befasst sich Kai Arzheimer. Schließlich analysiert Steffen Kailitz das ideologische Profil rechter und linker Flügelparteien in westeuropäischen Demokratien. Andere Dimensionen der Extremismusforschung treten angesichts dieser starken Ausrichtung am Rechts-Links-Vergleich in den Hintergrund. Lediglich der islamistische Extremismus fällt aufgrund dreier allein diesem Phänomen gewidmeten Abhandlungen von Herbert L. Müller, Johannes Urban und Monika Prützel-Thomas auf. Auch diese Beiträge sind vergleichend angelegt.

Die Betonung des Rechts-Links-Vergleichs wird nicht ohne Widerspruch bleiben. Viele Autoren meiden gerade diese direkte Gegenüberstellung, weil sie befürchten, die gemeinsame Nennung von Rechts- und Linksextremismus könne unweigerlich eine annähernd gleich starke Gefahr dieser beiden Extremismen nahelegen und so die grauenhafte Einmaligkeit des als rechtsextremistisch etikettierten Nationalsozialismus in Frage stellen. Backes und Jesse widersprechen dieser Sichtweise. Sie halten den Vergleich von Ideologie, Muster und Struktur des Rechts- und Linksextremismus für zulässig. Hieraus folgt nach Backes und Jesse

keine Verpflichtung, die jeweils durch rechts- und linksextremistische Bewegungen sowie Diktaturen angerichteten Schäden in die Waagschale der Geschichte zu legen. Jesse verlangt in einem abschließenden Beitrag eine „Äquidistanz“ gegenüber politischen Extremismen. Eine Tabuisierung des Rechts- und Linksextremismusvergleichs hält Jesse für weder der Forschung noch der demokratischen Streitkultur dienlich.

Die drei Publikationen werden der Extremismusforschung nicht den Weg aus dem Schattendasein weisen. Das war auch nicht ihre Absicht. Die normativen Annahmen, auf denen die begriffliche Deutung des Extremismus als Antithese des demokratischen Verfassungsstaates beruht, werden wie die konsequente Anwendung des Rechts-Links-Vergleichs den Themendiskurs begleiten und stimulieren. Die Aufmerksamkeit der Medien und einer breiteren wissenschaftlichen Öffentlichkeit mag dieser Diskussion mal mehr und mal weniger vergönnt sein. Auf jeden Fall liefern Backes und Jesse verlässliche Analysen mit Bezug auf aktuelle Ereignisse und mit einem erstaunlichen Gespür für Trends und in die Zukunft gerichtete Entwicklungen.

*Ralf Grünke*

*Frank Bajohr/Dieter Pohl*

## **Der Holocaust als offenes Geheimnis**

Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006 (C.H. Beck-Verlag), 156 S., 18,90 €

Am 16. November 1941 schrieb Joseph Goebbels in der Wochenzeitung „Das Reich“: „Das Weltjudentum . . . erleidet nun einen allmählichen Vernichtungsprozeß . . .“ Und ein Wilhelm Löbsack konstatierte am 13. Mai 1944 im „Danziger Vorposten“, dass „mittlerweile fünf Millionen Juden ausgeschaltet“ worden seien. Beide Zitate veranschaulichten exemplarisch: Der Holocaust war ein offenes Geheimnis. Zwar konnte man die Details der Judenvernichtung nicht wissen, die Sache an sich war aber durchaus öffentlich bekannt. „Holocaust als offenes Geheimnis“ lautet auch der Titel eines schmalen Bandes, der jeweils einen längeren Aufsatz der beiden Historiker Frank Bajohr und Dieter Pohl enthält.

Ersterer fragt in seinem Beitrag nach Haltung und Handlung der deutschen Mehrheitsgesellschaft gegenüber der Judenverfolgung. Dabei bildeten sich für Bajohr vier Determinanten als handlungsleitend heraus: „Erstens wurde gesellschaftliches Verhalten grundlegend durch das Ausmaß an Judenfeindschaft und Antisemitismus bestimmt, das bereits vor 1933 in der deutschen Gesellschaft ausgeprägt war und sich unter dem Einfluss der NS-Propaganda nach 1933 weiter verstärkte; zweitens passten sich die Deutschen bei der Wahrnehmung ihrer Interessen zunehmend den vom Regime propagierten Normen und Verhaltenserwartungen an; drittens aktivierte das NS-Regime durch die Verfolgung der Juden gesellschaftliche Interessen und gab einem wachsenden Personenkreis die günstige Gelegenheit, eigene Interes-

sen in diesem Verfolgungsprozess zum persönlichen Vorteil zu verwirklichen; viertens hing gesellschaftliches Verhalten gegenüber den Juden von der generellen Einstellung zum NS-Regime ab: dessen schnelle Erfolge und vor allem die wachsende Popularität Hitlers beeinflussten auch das Verhalten der Bevölkerung gegenüber Juden, während Misserfolge und Niederlagen – vor allem ab 1943 – ebenfalls ihre Wirkungen zeitigten“ (S. 18 f.).

Pohl fragt in seinem Aufsatz danach, wie der Holocaust von der internationalen Öffentlichkeit wahrgenommen wurde und die NS-Führung auf entsprechende Veröffentlichungen reagierte. Hierbei zeigte sich: „Die Alliierten hatten anfänglich kein umfassendes Gesamtbild von den nationalsozialistischen Verbrechen; vielmehr mussten bruchstückhafte Informationen, die zu einem erheblichen Teil als zweifelhaft galten, zusammengesetzt werden“ (S. 125). Aus taktischen Gründen und mangelndem Mitgefühl hielt man sich öffentlich eher zurück. Gegenteilige Öffentlichkeitsarbeit wirkte scheinbar kontraproduktiv: „Die internen Äußerungen in der NS-Führung deuten . . . darauf hin, dass die zunehmende Publizität der Ereignisse um die Jahreswende 1941/42 die Täter eher noch anspornte, ihre Verbrechen zu forcieren“ (S. 127).

All dies veranschaulichten Bajohr und Pohl zwar auf engem Raum, aber gut belegt und strukturiert. Insbesondere Bajohrs auch in anderen Veröffentlichungen bewiesenes Vermögen, allgemeine Beschreibungen, konkrete Fallbeispiele und analytische Reflexionen geschickt miteinander zu verknüpfen, zeigt sich auch hier. Hinzu kommt noch die optische Präsentation von historischen Quellen: Dazu gehören die Fotos von Verkäufen jüdischen Vermögens oder der Deportationen in Städten, aber auch die Faksimile-Drucke von Presseberichten der „Times“ über Massaker an den Juden vom Juni 1942 oder der „New York Times“ über die Ermordung ungarischer Juden von 1944. Hiermit widerlegen die Autoren auch weit verbreitete Auffassungen, die immer noch nach dem Motto „Wir haben nichts wissen könnten“ operieren. Insofern zerstörte der kleine Band mit eindrucksvollen Belegen überzeugend so manche populäre Nachkriegslegende.

*Armin Pfahl-Traugher*

*Tim Peters*

## **Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht**

Wiesbaden 2006 (Verlag für Sozialwissenschaften), 230 S., 32,90 €

### **Die PDS: Ein schweres Hindernis im demokratischen Kampf gegen den Rechtsextremismus**

Stellt der Antifaschismus der PDS einen Beitrag zur Stärkung des demokratischen Verfassungsstaates dar oder dient er möglicherweise selbst einem Angriff auf diesen? Die Frage bildet die zentrale Problemstellung der von dem Politikwissenschaftler Tim Peters veröffentlichten Studie „Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht“. Er

geht darin zutreffend von der These aus, dass Antifaschismus keineswegs demokratisch sein muss, sondern vielfach Thema extremistischer Propaganda war und ist. Aus der Perspektive eines normativ-ontologischen Ansatzes, der sich zu den Normen des demokratischen Verfassungsstaates bekennt, widmet Peters sich den unterschiedlichen Aspekten des Themas:

Nach der Einführung zu Problemstellung und Forschungsstand definiert er seine zentralen Arbeitsbegriffe Faschismus und Antifaschismus und skizziert die Geschichte des Antifaschismus in Deutschland von der Weimarer Republik bis in die Gegenwart. Danach konzentriert der Autor sich auf sein zentrales Thema und geht dabei entsprechend den Vorgaben der Parteienforschung auf den Antifaschismus der PDS bezogen auf Organisationen, Ideologie und Strategie ein. Dem folgt noch ein Vergleich mit dem Antifaschismus von anderen demokratischen und linksextremistischen Organisationen und eine Erörterung des Spannungsverhältnisses von Antifaschismus der PDS und demokratischem Verfassungsstaat.

Als Ergebnis seiner Untersuchung hält Peters fest: „Der Antifaschismus der PDS agiert gegen den demokratischen Verfassungsstaat und die soziale Marktwirtschaft, eine sprachliche Differenzierung in die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus hat sich bisher nur in Teilen der PDS entwickeln können, konservative Positionen werden von der Partei vielfach pauschal diffamiert, eine Gefährdung der Demokratie durch Linksextremismus bleibt ein Tabuthema in der innerparteilichen Diskussion der PDS, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus wird in der Theorie und Praxis nicht strikt auf rechtsstaatliche und friedliche Mittel begrenzt und zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte des Antifaschismus war die Gesamtpartei bisher nicht bereit. Eine Gesamtschau der sechs Kriterien ergibt, dass der Antifaschismus der PDS trotz einzelner positiver Aspekte insgesamt für den demokratischen Verfassungsstaat eher eine Gefährdung darstellt als ihn im Kampf gegen Rechtsextremismus unterstützt“ (S. 187).

Das alles belegt der Autor in aller Ausführlichkeit, wovon allein die über 1 000 Fußnoten auf um die 200 Seiten zeugen. Darüber hinaus argumentiert er weitaus differenzierter als die zugespitzte Zusammenfassung vermuten lässt. Und schließlich liefert Peters mit den genannten sechs Kriterien beachtenswerte Maßstäbe für die Unterscheidung von demokratischem und extremistischem Antifaschismus. Gerade zu diesen Merkmalen hätte man sich allerdings noch ausführlichere Erläuterungen gewünscht. Peters ignoriert mit seiner kursorischen Präsentation etwas die eigene analytische Leistung in diesem Bereich.

Kritik bezieht sich demgegenüber nur auf marginale Aspekte. Sicherlich wäre ein systematischerer Vergleich mit dem Antifaschismus von DKP und SED wünschenswert gewesen. Auch ist die Gleichsetzung von Demokratie und Marktwirtschaft angesichts der Wirtschaftsordnung in früheren lateinamerikanischen Militärdiktaturen so nicht ganz haltbar. Derartige Einwände mindern aber nicht die Qualität dieser Arbeit, die differenziert, kenntnisreich und stringently argumentiert.

*Armin Pfahl-Traugher*

*Werner Offenloch*

## **Erinnerungen an das Recht**

Der Streit um die Nachrüstung auf den Straßen und vor den Gerichten.

Mohr Siebeck Tübingen 2005, 216 S., 34,- €

### **Judikatur und „Zeitgeist“**

An Klarheit mangelte es der Rechtsprechung lange Zeit nicht. Niemand war befugt, die öffentliche Aufmerksamkeit durch gezielte und absichtliche Behinderungen anderer zu steigern. Nach gefestigter Rechtsprechung übte Gewalt aus, wer durch Sitzen auf der Fahrbahn andere Verkehrsteilnehmer an der Weiterfahrt hindert. Gegen die Einbeziehung von Blockaden in den Schutzbereich des Art. 8 GG sprach fast alles. Denn das Grundrecht der Meinungsäußerungsfreiheit nach Art. 5 GG sollte für Blockaden nicht in Betracht kommen und dasjenige der Versammlungsfreiheit nach Art. 8 GG keinen Rechtfertigungsgrund für nach allgemeinen Gesetzen strafbares Verhalten abgeben. Ein Versammlungsprivileg wurde nicht anerkannt.

Nachdem der NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 in einer zweiten Stufe die Stationierung von Abschussvorrichtungen für Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern durch die USA auch in Deutschland vorsah und vor dem künftigen Pershing-II-Lager in Mutlangen 1983 die Friedensbewegung in Form einer Prominentenblockade demonstrierte, wurden in der ganzen Republik über Jahre hinweg Blockaden von Militärstandorten das Markenzeichen der Anti-Raketen-Bewegung. Spektakulärer Höhepunkt war die „Richterblockade“ vom Januar 1987, bei welcher 17 Richter und 2 Richterinnen, Mitglieder der Initiative „Richter und Staatsanwälte für den Frieden“, eine Stunde lang bis zu ihrer Entfernung durch Polizeibeamte US-Fahrzeugen den Weg versperrten.

Mutlangen wurde ein Ort praktizierten zivilen Ungehorsams. Die Blockaden waren Inszenierungen zur Gewinnung der Öffentlichkeit für ein Nein zur Nachrüstung. Potenziellen Gewalttätern wurde keine Chance gegeben.

Werner Offenloch, damals als Richter am Amtsgericht Schwäbisch Gmünd auch für Mutlangen zuständig, berichtet unter dem im Vorwort erläuterten ungewöhnlichen Titel „Erinnerung an das Recht“ über den Streit um die Nachrüstung und die Entwicklung der Rechtsprechung im Instanzenzug vom AG Schwäbisch Gmünd über das LG Ellwangen zum OLG Stuttgart und weiter bis zum BGH und BVerfG.

Offenloch erinnert an die Dimension der Auseinandersetzung um die Nachrüstung und die Blockaden in der Gesellschaft. Sprach Jürgen Habermas sich gegen einen „autoritären Legalismus“ und für eine Billigung von mit Gesetzesverstößen einhergehenden Protesten aus, nannte der frühere BVerfG-Richter Martin Hirsch die Tat der Teilnehmer der Richterblockade eine Art Wiedergutmachung für das, was Richter im Dritten Reich getan hätten.

Theodor Eschenburg hingegen sah im zivilen Ungehorsam eine „ungeheuere Konfusion im öffentlichen Bewusstsein“. Josef Isensee mahnte, im freiheitlichen Rechtsstaat sei alles diskutabel, nur nicht seine staatsrechtlichen Bedingungen, darunter der Rechtsgehorsam. Und Rudolf Wassermann er-

innerte daran, dass es Freiheit (und auch Frieden) nur in der Bindung der Gesetze geben könne.

Geradezu spannend liest sich, was Offenloch im Kapitel „Forensisches Pressuring“ auch zum nicht medial vermittelten Druck ausführt. So gingen beim AG Schwäbisch Gmünd persönliche Beschimpfungen und sogar offene Drohungen gegen die Strafrichter ein und das Gerichtsgebäude wurde mit der Parole beschmiert: „Hier regiert Unrecht – Kampf der reaktionären Justiz – Tod dem Staat“. Ein Plädoyer endete mit der Aufforderung: „Sprechen Sie frei, sonst begehen Sie Beihilfe zum Massenmord!“ Auch mehrstündige Richterbeschimpfungen mussten die Vorsitzenden, die als Vertreter einer „politischen Justiz“ bezeichnet wurden, die am Fließband friedliche Sitzdemonstranten kriminalisierten, hinnehmen.

Ein besonderes Gewicht legt Offenloch – gewiss persönlich motiviert – auf die „vielen Anläufe zum Erweis der Straffreiheit der Teilnahme an Blockaden, mit denen das AG Schwäbisch Gmünd über Jahre konfrontiert war“: „Es wurde wohl kaum einmal aus aktuellem Anlass so viel an juristischer Argumentation vor Gericht und in der Literatur aufgeboden wie beim Einsatz für die Strafflosigkeit der wegen Nötigung Angeklagten“.

Der Autor spart nicht an Kritik vor allem an Entscheidungen des BVerfG. Dass er sie ausführlich wiedergibt und kommentiert, erhöht den Gewinn der Lektüre. Wertungen überlässt er entgegen seiner Ankündigung nicht dem Leser. Unter Hinweis auf die letzte Verurteilung eines Blockadeteilnehmers durch das AG Schwäbisch Gmünd 1991 und die sich anschließenden Freisprüche, soweit es überhaupt noch zu Urteilen kam, zieht Offenloch ein bitteres Fazit:

Die von BVerfG und OLG Stuttgart betriebene Überlastung der Verfahren mit immer neuen und feinsinnigeren Aufklärungserfordernissen habe zu einer verfassungsrechtlich unhaltbaren Beseitigung der tatsächlichen Geltung verbindlicher Rechtsnormen geführt – „eine bedrückende Niederlage des Rechtsstaats“. Einem Trend in der öffentlichen Meinung, dem „Zeitgeist“, sei es gelungen, „in einer wichtigen Angelegenheit seine Position zu der von Rechts wegen geltenden zu machen, und das im völligen Gegensatz zu der ursprünglich in der juristischen Theorie und Praxis ganz ein-

deutig herrschenden Auffassung und ohne auch nur einen Federstrich des Gesetzgebers“.

Verlag und Verfasser haben ein Werk vorgelegt, das nicht an das Recht erinnert, wohl aber reich ist an zeitgeschichtlichen und rechtsgeschichtlichen Informationen. Es reizt zum Widerspruch und taugt zur Auseinandersetzung zur Bestimmung eines eigenen Standortes. Dieser ist wegen des bisweilen steifen Gegenwindes des „Zeitgeistes“ für die Judikatur unerlässlich und für die gesamte demokratische Gesellschaft von Bedeutung.

*Hans-Jürgen Grasmann*

### FREIHEIT UND RECHT

**Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie  
und Widerstand gegen Diktatur**

ISSN 05326605

Herausgeber: Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen e.V. Bonn (ZDWV), Dr. h. c. Annemarie Renger, Postfach 1206 17, 53048 Bonn.

Redaktion: Jürgen Maruhn, Telefon: 089 / 1 57 68 13

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn.

Das Bezugsgeld ist bei Mitgliedern der dem ZDWV angeschlossenen Organisationen durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Mit dem Bezug unserer Vierteljahresschrift ist aber keine Mitgliedschaft in den angeschlossenen Verbänden verbunden.

Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Mit dem Namen des Verfassers gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

*Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe 20. 01. 2007*

---

Unsere Lesern, Freunden und Mitgliedern  
wünschen wir ein  
schönes Weihnachtsfest  
und ein gesundes Neues Jahr

Herausgeber und Redaktion